

Alfred Pfaller

Immer mehr Wohlstand oder Wohlbefinden für alle?

Wegskizze für den Übergang in eine »Glücksökonomie«

Die alte Weisheit, dass Geld allein nicht glücklich macht, ist heute zu einer brisanten Herausforderung an unser Wirtschaftssystem geworden. Dem Wirtschaften, das darauf ausgerichtet ist, immer mehr Güter und Dienstleistungen für den Markt bereitzustellen, wird vorgeworfen, wichtige Aspekte menschlichen und gesellschaftlichen Wohlergehens systematisch zu vernachlässigen. Doch wie ist ein Umsteuern möglich?

Die Kritik am bisherigen Wirtschaften hebt zunächst darauf ab, dass wir »Wohlfahrt« nicht richtig messen, dass der zentrale Indikator »Bruttoinlandsprodukt« (BIP) wichtige Aspekte des menschlichen und gesellschaftlichen Wohlergehens nicht erfasst. Mittlerweile gibt es mehrere Vorschläge, die Messgröße BIP durch einen angemesseneren »Nationalen Wohlfahrtsindex« zu ersetzen. Aber die Kritik zielt auch auf die Art unseres Wirtschaftens selbst und nicht nur auf die Messung seines Ergebnisses ab. Unser derzeitiges Wirtschaften zerstört die natürliche Umwelt, unterwirft das individuelle und soziale Leben der Menschen in übermäßiger Weise der Kapitalverwertung – durch die Einbindung in den arbeitsteiligen kapitalistischen Produktionsprozess zu Lasten der »Lebenswelt« und durch die Verkürzung von Lebensgenuss auf Konsum. Ferner verwehrt es Teilen der Bevölkerung einen angemessenen Wohlstand, der dem gesellschaftlichen Wirtschaftspotenzial entsprechen würde.

Es wird nun gefordert, Wirtschaft und Gesellschaft stärker auf das »Glück« der Menschen auszurichten, auf die Belange, die den Menschen wichtig sind, auch wenn sie sich nicht im Markt als Nachfrage artikulieren. Wie kann das gelingen? Ein umfassender nationaler Wohlfahrtsindex mag



Alfred Pfaller

(* 1942) ist Soziologe und Volkswirt, war verantwortlicher Redakteur von *Internationale Politik und Gesellschaft*, danach Vertreter der FES in Rumänien und der Moldau-Republik und arbeitet jetzt freiberuflich als gesellschaftspolitischer Berater.

alfred.auc@web.de

der Politik als Orientierung für das Ziel dienen, aber er zeigt nicht den Weg dorthin.

Wenige würden die marktwirtschaftliche »Wohlstandsmaschine« prinzipiell in Frage stellen. Denn *erstens* ist den Menschen der materielle Wohlstand zu wichtig und *zweitens* ist kein effizienter Ersatz für den marktwirtschaftlichen Mechanismus und die am Markt orientierte unternehmerische Initiative zu erkennen. Vielmehr geht es darum, an zentralen Begrenzungen des Marktgeschehens anzusetzen, nämlich daran, dass Märkte nur Wünsche und Bedürfnisse bedienen, hinter denen Kaufkraft steht, dass Produzenten und Verbraucher tendenziell verschwenderisch mit Dingen umgehen, für die sich kein Marktpreis bildet und letztlich, dass die Anbieter auf manchen Märkten so stark sind, dass sie den Präferenzen der Nachfrager wenig Beachtung schenken müssen.

Soziale Teilhabe: Arbeitsmarkt und öffentliche Güter

In einer »guten« Gesellschaft muss Kaufkraft so verteilt sein, dass die ganze Bevölkerung angemessen am nationalen Wohlstand teilhaben kann. Das ist nicht nur gerecht, sondern auch gut für das gesamtgesellschaftliche Wohlbefinden. Dafür gibt es überwältigende Evidenz. Die Ursachen sozialer Exklusion und die Wege zu ihrer Überwindung können hier nicht diskutiert werden. Aber die doppelte These sei gewagt, dass die Machtverhältnisse im Arbeitsmarkt entscheidend sind und dass kräftiges Wirtschaftswachstum hier egalitäre Verhältnisse begünstigt (nicht garantiert!). Wichtig für soziale Teilhabe ist außerdem der einkommensunabhängige Zugang zu wesentlichen »Gütern« wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und Rechtsprechung. Auch ein gut ausgestatteter öffentlicher Raum (Kultur, Spiel- und Sportgelegenheiten etc.) mildert die Bedeutung individueller Kaufkraftunterschiede ab. Dem Gegensatz »BIP versus Glück« entspricht auch ein gewisser Gegensatz zwischen privatem Konsum und der Bereitstellung öffentlicher Güter. Der Bürger hat hier die Entscheidung.

Eigentumsrechte für freie Güter

Gegen den verschwenderischen Umgang mit freien Gütern bieten sich die gleichen staatlichen Sanktionen an, die auch ansonsten Eigentumsrechte gewährleisten. Die Beeinträchtigung traditionell freier Güter (Atmosphäre, Gewässer, Landschaft etc.) ist an restriktiv gehandhabte Genehmigungen zu binden, für die sich ein Marktpreis bilden kann und deren Übertretung wie Diebstahl behandelt wird. Die Eingrenzung der Nutzungsrechte obliegt dem politischen Entscheidungsprozess. Dabei zeigt sich freilich, dass diese Eingrenzung nicht nur auf den Widerstand von Parti-

kularinteressen stößt, sondern schnell auch auf den breiteren Bevölkerungsgruppen, die – zu Recht oder zu Unrecht – die wirtschaftlichen Kosten fürchten. Der Einwand, dies sei kurzfristig, da die Kosten der Umweltschädigung die der vorausschauenden Umweltschonung schon bald bei Weitem übersteigen (das Nachhaltigkeitsargument), ist zum Teil richtig. Aber warum ist diese Kurzsichtigkeit so schwer überwindbar?

Die Abhängigkeit der Lebenswelt vom Markterfolg

Hier tritt ein Konflikt zutage, der weit über die Umweltfrage hinaus das Verhältnis von BIP und »Glück« prägt. Die Herstellung des materiellen Wohlstands, auf den die Menschen nicht verzichten wollen, erwächst aus dem ständigen Konkurrenzkampf profitorientierter Unternehmen, deren technische und organisatorische Innovationen stets neue Strukturen (u.a. räumliche Strukturen) schaffen und damit bestehende Lebensmuster in Frage stellen. Fortgesetzter Wohlstand hängt davon ab, dass Standortregionen sich ständig aufs Neue günstig positionieren, um damit auch die Grundlage für die fast immer räumlich eingegrenzte Lebenswelt der Menschen zu sichern. Die Option eines Ausklinkens aus dieser Dynamik und eines Einlassens auf ein »Genug« gibt es meist nicht.

Der Schutz der Lebenswelt gegen »exzessive« Anforderungen der Wirtschaft kann nicht gelingen, wenn die Wirtschaft nicht mitspielt. Es kommt darauf an, die Präferenzverschiebung vom BIP zum »Glück« mit der Dynamik der kapitalistischen Akkumulation zu verknüpfen. Dabei ließe sich Erhebliches durch nachfrageverschiebende institutionelle Weichenstellungen erreichen. Aber die globale Konkurrenz setzt der zentralen Regulierung, etwa um »Unterbietungswettbewerb« zu Lasten der Lebenswelt zu unterbinden, auch deut-

liche Grenzen. Das gilt selbst für die EU mit ihrem großen Binnenmarkt. Und es gilt noch mehr für »ethisch bewusste« Konsumenten.

Reallöhne versus Lebensqualität

Wesentliche Weichen für mehr Lebensqualität werden auf dem Arbeitsmarkt gestellt (Freizeit, Freiheit von Stress, Freiräume für Familien- und Gemeinschaftsleben). Hier ist eine Abkehr von der vorrangigen Wachstumsorientierung auch dezentral möglich. Arbeitnehmer, die einem Mehr an Lebensqualität den Vorzug geben, bieten den Unternehmen Lohnkonzessionen an, die die Produktivitätseinbußen, welche mit der Option für Lebensqualität (anfänglich) einhergehen, abgelten. Nach diesem Muster wurde über viele Jahrzehn-

te hinweg ein Teil der gewaltigen industriellen Produktivitätsfortschritte nicht in Reallohn-, sondern Freizeitzuwächse weitergegeben. Das Muster ließe sich flexibel ausweiten (z.B. individuell längerer Urlaub, Anspargprogramme für längere Auszeiten usw.), wenn Unternehmen und Gewerkschaften sich hierauf einlassen. Die Wirtschaft würde Derartiges unschwer verkraften. Eine breitere Akzeptanz auf Arbeitnehmerseite erfordert allerdings Stundenlöhne, die einen Spielraum für das »Erkaufen« von mehr Lebensqualität zulassen. Dies unterstreicht noch einmal die zentrale Bedeutung der Verteilungsfrage für den Übergang zu einer »Glücksökonomie«.

Daneben gibt es auch ein großes Potenzial für produktivitätsneutrale bzw. gar produktivitätsfördernde »Glückszuwächse«, auf das seit Langem der Ansatz der »Qualität des Arbeitslebens« abhebt.

Matthias Machnig

Ein Neuer Fortschritt ist möglich

Ein Nachrichtenmagazin hat es kürzlich treffend ausgedrückt: Politik muss, frei nach Goethe, »ein Bild in der Seele« machen. Sie muss einen Nerv treffen, Ziele definieren, einen Wertehorizont eröffnen. Ideen müssen dazu taugen, Hoffnung zu machen und Begeisterung zu wecken. Das Konzept vom Neuen Fortschritt könnte der entscheidende Schritt in diese Richtung sein.

Die letzten Jahre haben eines sehr deutlich vor Augen geführt: Politik und Politiker haben an Glaubwürdigkeit, Vertrauen und an ihrer Orientierungsfunktion verloren. Weniger Menschen gehen zur Wahl oder beteiligen sich an politischen Diskussionen, immer mehr Menschen haben Zweifel an unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Politikverdrossenheit, Politikdistanz oder sogar -abstinenz in Deutschland sind spürbar und greifbar geworden.

Das kommt nicht von ungefähr. Zum Teil verliert sich Politik in abgeschliffe-



Matthias Machnig

(* 1960) war u.a. SPD-Bundesgeschäftsführer und Staatssekretär im Bundesumweltministerium und ist Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen. Zuletzt erschien: *Vermessungen. Politik neu orientieren bei vorwärts-Buch.*

matthias.machnig@tmwat.thueringen.de

nen Allgemeinplätzen, in abgestimmten Sprachregelungen mit wenig Inhalt, und schiebt angebliche Sachzwänge vor. Politik muss aber in der Lage sein, Themen, Trends, Meinungen, Empfindungen und Fehlent-